Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7112**

16. Wahlperiode 14. 11. 2007

Antrag

der Abgeordneten Rainer Brüderle, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Markus Löning, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Gisela Piltz, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Mahnungen des Sachverständigenrats ernst nehmen – Mehr Freiheit wagen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostiziert für das kommende Jahr ein deutlich geringeres Wirtschaftswachstum. Auch die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute stellen in ihrem Herbstgutachten fest: „Der Aufschwung legt eine Pause ein.“ Mit einem lediglich dem europäischen Durchschnitt entsprechenden Wirtschaftswachstum von voraussichtlich 2,6 Prozent in diesem Jahr befindet sich Deutschland zwar gegenwärtig noch in einem positiven konjunkturellen Umfeld, die Verstetigung und Ausweitung dieser Entwicklung bedarf jedoch endlich wieder mutiger Reformmaßnahmen.

Das gute Wirtschaftswachstum der vergangenen zwei Jahre hat mittlerweile zu mehr Beschäftigung und zu einer verbesserten Haushaltslage geführt. Der private Konsum steigt nach der Umsatzsteuerdelle infolge der deutlichen Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2007 langsam wieder. Grundlage für diese positive Entwicklung waren die boomende Weltwirtschaft, moderate Lohn- und Tarifabschlüsse in den letzten Jahren, erhebliche Restrukturierungen deutscher Unternehmen zur Steigerung der betrieblichen Effizienz und letztlich auch die Arbeitsmarktreformen der vergangenen Legislaturperiode. Vor allem ältere Arbeitslose bekommen wieder verstärkt berufliche Perspektiven. Jedoch ist der Aufschwung bislang nicht bei allen Bevölkerungsgruppen angekommen. Steigende Steuern und Sozialabgaben sowie eine relativ hohe Inflation von rund 2,2 Prozent haben die wirtschaftliche Situation durchschnittlich Verdienender weiter getrübt.

Im Kontext einer sich insgesamt abschwächenden Weltwirtschaft, stetig steigender Energie- und Rohstoffpreise, einer restriktiveren Geldpolitik, eines steigenden Außenwerts des Euro und der latenten Risiken der aktuellen Finanzmarktturbulenzen haben sich die Wachstumsaussichten für Deutschland für die kommenden Jahre verschlechtert. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass der Sachverständigenrat die Mahnung „das Erreichte nicht verspielen“ an die deutsche Politik richtet. Oberstes Ziel sollte es hiernach sein, mit einer durchdachten Reformpolitik mit klarer Konzeption die Voraussetzungen für eine Verstetigung des Erreichten zu schaffen. Gerade im gegenwärtigen, noch günstigen wirtschaftlichen Umfeld sollte die Politik die Weichen dafür stellen, die Grundlagen für Wachstum und Beschäftigung zu sichern, um auch in konjunkturell schwachen Zeiten handlungsfähig zu bleiben.

Hierfür braucht Deutschland endlich wieder eine konsistente wirtschaftspolitische Reformagenda, die die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft wie Wettbewerb und Subsidiarität bejaht, mehr unternehmerische und persönliche Freiheit unterstützt und die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig macht. Der stark in taktischen Manövern verfangene politische Zickzackkurs der Bundesregierung ist das Gegenteil einer solchen abgestimmten Reformpolitik. Der Sachverständigenrat warnt deshalb nachdrücklich vor Fehleinschätzungen und einem Flickenteppich inkonsistenter arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, die das volkswirtschaftliche Potential verringern. Deutschland braucht endlich wieder eine politische Führungsverantwortung, für die „mehr Freiheit wagen“ nicht nur ein gebrochenes Wahlversprechen ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung deshalb auf,

1. die Chancen der Globalisierung und der prosperierenden Weltwirtschaft durch die Förderung einer weiteren internationalen Wirtschaftsverflechtung durch Handel und Investitionen aktiv aufzunehmen und hierbei insbesondere, wie vom Sachverständigenrat gefordert, Protektionismus in Form einer Verschärfung des Außenwirtschaftsgesetzes zu unterbinden,
2. die Voraussetzungen für eine weitere Liberalisierung von (ehemaligen) Monopolmärkten zu schaffen und hierbei insbesondere auf einen wirtschaftlichen Monopolschutz durch Mindestlöhne und Umsatzsteuerprivilegien wie bei der Deutschen Post AG zu verzichten,
3. den Staatsanteil und -einfluss in Wirtschaftsunternehmen wie der Deutschen Post AG und der Deutschen Telekom AG weiter abzubauen und grundsätzlich keine Verstaatlichungen (wie unter Umständen bei der Bundesdruckerei GmbH oder EADS N. V.) vorzunehmen,
4. das arbeitsmarktpolitische Instrumentarium auf die als erfolgreich evaluierten Maßnahmen zu konzentrieren, um so die Wirksamkeit der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu erhöhen,
5. die Einführung eines Erwerbstätigen-Zuschusses und einer Einführung eines Kommunal-Kombis abzulehnen,
6. Beitragsmittel der BA nicht in den Bundeshaushalt zu verschieben,
7. im Interesse dauerhaft besserer Beschäftigungschancen insbesondere von Langzeitarbeitslosen die bestehenden Regelungen des Kündigungsschutzes zu flexibilisieren,
8. die Einführung beschäftigungs- und wettbewerbsfeindlicher gesetzlicher Mindestlöhne abzulehnen, weil diese Lohnfindungsprozesse auf den relevanten Märkten verkennen,
9. wie vom Sachverständigenrat gefordert, die wirksamen Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung, insbesondere die Verkürzung der Bezugszeiten für das Arbeitslosengeld I und die Flexibilisierungen im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung, nicht zurückzunehmen,

10. der Forderung des Sachverständigenrats zur Nichteinführung des Gesundheitsfonds zu entsprechen und die Bedingungen für Wettbewerb im Gesundheitswesen zu verbessern,
11. bei der anstehenden Pflegereform die Pflegeversicherung durch die Umstellung auf ein kapitalgedecktes Verfahren zukunftsfest und generationengerecht umzugestalten,
12. die gesetzlichen und institutionellen Voraussetzungen für ein stabiles, wettbewerbsfähiges, innovatives und offenes Finanzwesen zu schaffen, welches in- und ausländisches Kapital anzieht und zugleich ein angemessenes Maß an Verbraucherschutz gewährleistet,
13. ein einfaches und gerechtes Steuersystem mit niedrigen Sätzen zu entwickeln, welches insbesondere keine neuen Hürden für unternehmerisches Engagement (wie Zinsschranken) schafft,
14. den Bundeshaushalt ausgabenseitig zu konsolidieren und die Neuverschuldung 2008 signifikant abzubauen.

Berlin, den 14. November 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333